

Interview

„Jeht nich, jibt's nich!“

Ein Gespräch mit Heinrich Alt, Friedrich Buttler, Diana Golze und Manfred Stolpe

Es war ein ungleiches Quartett, das sich im April dieses Jahres im Regine-Hildebrandt-Haus im brandenburgischen Potsdam eingefunden hatte. Ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung zogen sie für das IAB-Forum gemeinsam Bilanz: eine junge Arbeitsministerin, flankiert von drei älteren Herren, die zu Zeiten der Wende in sehr unterschiedlichen Funktionen – als Politiker, Wissenschaftler und Mitarbeiter der Arbeitsverwaltung – am Aufbau Ost mitgearbeitet hatten. Die Anekdoten, die sie erzählten, künden vor allem davon, dass damals unter großem Zeitdruck und extremer Unsicherheit sehr weitreichende, vielfach schmerzhaft Entscheidungen zu treffen waren – und dabei mitunter sehr ungewöhnliche Wege beschritten wurden. Die Interviewpartner diskutierten aber auch die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen für den ostdeutschen Arbeitsmarkt – von der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit bis hin zum demografischen Wandel.

Herr Stolpe, Sie waren als Ministerpräsident von Brandenburg und später als Beauftragter der Regierung für die neuen Bundesländer einer der wichtigsten Akteure beim Aufbau Ost. Was hätte man im Rückblick anders machen sollen?

Manfred Stolpe: Man hätte die Unterschiede stärker beachten müssen. Regine Hildebrandt (siehe Kasten) und ich waren erschrocken darüber, dass viele im Westen damals glaubten: Der Markt wird es richten. Im Lauf der Jahre hat sich aber in der Bundespolitik die Einsicht durchgesetzt, dass man die Entwicklung nicht nur laufen lassen darf, sondern dass man stärker steuern muss. Und da war die Frage: Wie kann man erreichen, dass Betriebe und damit

Arbeitsplätze gesichert werden? Und wie kann man dafür sorgen, dass Menschen umgeschult werden, dass Menschen in der Zwischenzeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, ABM, kommen? Das war eine der ersten Erfahrungen, die wir gemacht haben: Die Leute wollten eine Tätigkeit haben, die guckten nicht danach, ob das eine ABM war oder eine Vollzeitbeschäftigung.

Heinrich Alt: Mir tut es aus heutiger Sicht immer noch im Herzen weh, dass wir damals Milliarden ausschließlich in die Arbeitsmarktpolitik gesteckt haben, so richtig und wichtig das auch war, anstatt einen Teil in die DDR-Betriebe zu investieren, die in meinen Augen durchaus überlebensfähig gewesen wären – wenn das Kapital geduldiger mit



ihnen umgegangen wäre. Wir hätten der mittleren Führungsebene der DDR-Wirtschaft etwas mehr Zeit lassen sollen, dann hätten sie den Transformationsprozess am ersten Arbeitsmarkt bewältigen können – und nicht, wie wir es dann versucht haben, alles über ABM am zweiten Arbeitsmarkt zu lösen.

Herr Buttler, Sie haben den Einigungsprozess sowohl als Direktor des IAB begleitet und analysiert, als auch in Ihrer Funktion als Staatssekretär im Brandenburger Wissenschaftsministerium aktiv mitgestaltet. Wie groß ist eigentlich die Diskrepanz zwischen dem, was man als Wissenschaftler für sachlich geboten hält, und dem, was man als politisch Handelnder bewirken kann?

Friedrich Buttler: Angesichts der Marktgläubigkeit, von der Herr Stolpe gesprochen hat, war es sehr schwierig, kritischen und konstruktiven wis-

senschaftlichen Rat zu geben. Und wenn man das als das Forschungsinstitut der BA evidenzbasiert leisten will, werden entsprechende Arbeitsmarkt- und Sozialdaten benötigt, sonst steht man vor einer schwierigen Situation. Also bestand unsere erste Aufgabe in der Erstellung solider zeitnaher Datensätze. Zwar gab es die Berufstätigenerhebung und den Datenspeicher „Gesellschaftliches Arbeitsvermögen“ der DDR, die freilich nicht umfassend waren; bei dem nach der Vereinigung anstehenden Strukturbruch waren sie ohnehin nur noch sehr bedingt brauchbar.

Hatten Sie denn damals im Westen gute Daten über die DDR?

Buttler: Die Schätzungen, die es von westdeutscher Seite bis 1989 über Wirtschaft und Arbeitsmarkt der DDR gab, waren unzuverlässig, wie sollte es angesichts des zunehmend propagandistischen Gehalts offizieller Informationen auch anders

Buttler: „Politik ist manchmal beratungsresistent.“

sein. „Das Problem ist, dass die SED angefangen hat an ihre Propaganda selbst zu glauben“, sagte mir Herr Heinrich, Direktor des Zentralinstituts für Wirtschaft der DDR im April 1989 im Gästehaus der SED in Berlin freimütig unter mithörenden „Wanzen“. Die von westdeutscher Seite erstellten Produktivitätsschätzungen lagen jedenfalls voll daneben. Statt der zunächst angenommenen Ost-West-Relation von 65 zu 100 wurde später ein Rückstand von 35 auf 100 ermittelt.

Das erklärt zu allererst, warum der Strukturbruch nach der Einführung der D-Mark so radikal ausfiel. Obwohl das IAB die Marktgläubigkeit der Politik von Anfang an nicht geteilt hatte, damit hatten wir nicht gerechnet. Immerhin trugen wir im Sommer 1990 im Arbeits- und Sozialausschuss des Deutschen Bundestages vor: „Man muss etwas tun, es wird Massenarbeitslosigkeit geben, wir brauchen ein milliardenschweres Sonderprogramm.“ Der einzige Vorwurf, den ich mir heute mache, ist, dass ich nicht gesehen habe, dass es ein 100 Milliarden D-Mark schweres Sonderprogramm werden würde. Aber damals sind wir damit nicht durchgedrungen. Insofern war es die Stunde der Politik, nicht der Wissenschaft. Die Politik hatte damals eine ganz

Alt: „Wir müssen aufpassen, dass die Arbeitslosenversicherung in Ostdeutschland nicht ihre Funktion verliert.“

bestimmte Vorstellung vom Wirken des Marktes. Politik ist manchmal beratungsresistent.

Was hat Sie 1994 eigentlich bewogen, das Amt des IAB-Direktors aufzugeben und als Staatssekretär nach Brandenburg zu gehen?

Buttler: Meine Frau und ich standen am Tage nach dem Mauerfall auf der Werrabrücke zwischen Oberfranken und

Thüringen, der heutigen „Brücke der Einheit“ bei Tiefengrün. Die Trabbis führen am Abend in ununterbrochener Schlange zurück nach Thüringen und wir sagten uns: Wenn da etwas zu tun ist, gehen wir hin. Später

wurden wir gefragt und haben uns über ein Jahrzehnt dort engagiert und viele gute Beziehungen behalten.

Seit 2005 hat sich die Arbeitslosigkeit zwischen Ost- und Westdeutschland erfreulich angenähert. Haben die Hartz-Reformen im Osten eine stärkere Wirkung entfaltet als im Westen oder waren da andere Faktoren am Werk?

Alt: Ich glaube, dass die Hartz-Reformen nicht der entscheidende Faktor waren. Das waren eher andere Faktoren. Da ist einmal die Demografie, die im Osten entlastend wirkt. Da ist der Aufholprozess, der im Osten eine Rolle spielt. Da sind sicherlich noch die unterschiedlichen Löhne zwischen Ost und West, die ebenfalls eine Rolle spielen. Viele Faktoren haben diesen Aufholprozess begünstigt. Auch Pendlerbewegungen haben dazu beigetragen.

Wie bewerten Sie die Wirkung der Hartz-Reformen im Osten?

Alt: Was mir mit Blick auf Hartz IV Sorge macht, ist, dass im Osten bis zu 80 Prozent der Arbeitslosen in der Grundversicherung sind, obwohl viele von ihnen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben oder sogar noch zahlen. Ich glaube, da müssen wir aufpassen, dass die Arbeitslosenversicherung nicht ihre Funktion verliert. Wir müssen kritisch hinterfragen, ob es richtig und gewollt ist, dass jemand, der 50 Euro aufstockende Leistung aus Hartz IV



bekommt, zum Jobcenter gehen muss, obwohl er Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlt. Das geht nicht, da müsste die Versicherung ihren Beitragszahlern auch ihre Dienstleistungen anbieten.

Brauchen wir heute in Ostdeutschland immer noch eine andere Arbeitsmarktpolitik oder andere Schwerpunkte als im Westen?

Alt: Abgesehen von einigen prosperierenden Regionen leidet der Osten immer noch stärker unter einer Knappheit an Arbeitsplätzen. Der Westen hat mehr ein Problem mit einer mangelnden Passung der Profile. Wir haben also im Westen eher ein Matching-Problem und im Osten eher ein Arbeitsplatzdefizit. Das ist für mich der Hauptunterschied – neben vielem, was in Ost und West ähnlich ist.

Was bedeutet das für die Arbeitsmarktpolitik?

Alt: Das bedeutet für die Arbeitsmarktpolitik, dass in den neuen Bundesländern der zweite Arbeitsmarkt immer noch wichtig ist, ebenso die Frage der sozialen Teilhabe, beispielsweise beim Übergang der Älteren in die Rente. Diese Themen spielen im Osten noch eine große Rolle – eben wegen des dortigen Arbeitsplatzdefizites, das kompensiert werden muss.

Frau Golze, Sie haben Ihr Amt als Arbeitsministerin in Brandenburg erst vor wenigen Monaten angetreten. Wo wollen Sie beim Thema Arbeitsmarkt die Schwerpunkte setzen?

Diana Golze: Wir haben in Brandenburg eine paradoxe Situation. Auf der einen Seite gibt es einen ziemlich hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen: 40,8 Prozent der Arbeitslosen in Brandenburg sind seit mehr als zwölf Monaten erwerbslos. Auf der anderen Seite haben wir Unternehmen, die einen Fachkräftemangel beklagen, die händeringend Ingenieure und andere Fachkräfte suchen. Diese Situation wird sich zuspitzen. Nach einer Studie, die wir in Auftrag gegeben haben, werden in Brandenburg bis zum Jahr 2030 460.000 Fachkräfte fehlen, wenn wir nicht gegensteuern! Und das bei einem gleichzeitigen drastischen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung. Aber die Langzeitarbeitslosen profitieren nicht



Zur Person

Heinrich Alt, geboren am 21. Februar 1950 in Rascheid bei Trier, war von 2002 bis 2015 im Vorstand der Bundesagentur für Arbeit. Er studierte von 1970 bis 1975 Politikwissenschaften und Germanistik an der Universität Trier. Von 1977 bis 1983 war er Referent für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland. Anschließend leitete er von 1983 bis 1985 bzw. 1985 bis 1987 die Abteilung „Arbeitsvermittlung“ in den Arbeitsämtern Saarlouis bzw. Mainz. Von 1987 bis 1990 war er Referatsleiter im Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz-Saarland. Zwischen 1990 und 1992 leitete er das Arbeitsamt Bad Kreuznach. Von 1992 bis 1993 war er als Referent im Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz tätig. 1993 wechselte Alt an das Landesarbeitsamt Nord, wo er bis 1998 die Abteilung „Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung“ leitete. Von 1998 bis 2000 war er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Schleswig-Holstein. Danach hatte er von 2001 bis 2002 das Amt des Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit inne.



Zur Person

Diana Golze, geboren am 18. Juni 1975 in Schwedt/Oder, ist seit November 2014 Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Sie studierte von 1995 bis 2000 an der Technischen Universität Berlin Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Sozialpädagogik. Im Jahr 1997 trat sie der damaligen PDS, der heutigen Partei Die Linke, bei und ist Mitglied im Landesvorstand der Partei in Brandenburg. Von 1998 bis 2001 war sie Mitglied des Kreistages des Kreises Uckermark. Seit Oktober 2003 gehört sie der Stadtverordnetenversammlung von Rathenow, deren Vorsitzende sie seit 2008 ist, und dem Kreistag des Kreises Havelland an. Von 2005 bis 2014 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages.

davon. Das ist also eine widersprüchliche Entwicklung: Menschen, die aus der Erwerbslosigkeit nicht herauskommen und Unternehmen, die händeringend nach guten Leuten suchen.

Was kann die Politik dagegen tun?

Golze: Darauf gibt es nicht nur die eine Antwort. Wir müssen auf verschiedenen Gebieten tätig werden. Ich

will mal bei der Ausbildung anfangen: Wir müssen alles daran setzen, junge Menschen in Brandenburg zu befähigen, hier eine Ausbildung und anschließend einen Arbeitsplatz zu bekommen. Wir setzen deshalb auf einen starken Dialog mit den Unternehmen. Der „Brandenburgische Ausbildungskonsens“ sieht vor, dass in jedem Jahr mindestens 10.000 neue betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen werden, um junge Menschen in Brandenburg zu halten. Das ist eine große Herausforderung. Im letzten Jahr konnten wir diese Zahl noch nicht ganz erreichen, halten aber weiter an dem gemeinsamen Ziel fest.

Wie wollen Sie Fachkräfteengpässen noch begegnen?

Golze: Wir verfolgen die Strategie „Bilden, Halten und Gewinnen“: Wir wollen in Brandenburg ausbilden, wir wollen die Fachkräfte hier halten und wir wollen auch neue gewinnen, die zum Beispiel aus den alten Bundesländern zurückkommen. Wir haben ja glücklicherweise auch Menschen, die in die alte Heimat zurückkehren. Das wollen wir unterstützen. Das ist das eine.

Und was ist das andere?

Golze: Das andere Problem ist, dass wir in Brandenburg nur einen sehr geringen Organisationsgrad haben, sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Unternehmen. Nur rund 24 Prozent der Unternehmen sind tarifgebunden. Das betrifft knapp die Hälfte aller Beschäftigten in Brandenburg. Oftmals sind es dann auch noch Haustarifverträge. Das wird von beiden Seiten beklagt. Wir haben daher den „Brandenburger Sozialpartnerdialog“ etabliert: Gewerkschaften und Unternehmensverbände kommen unter Moderation des Arbeitsministeriums zusammen. Wir müssen gemeinsam eine höhere Tarifbindung und einen höheren Organisationsgrad erreichen, sowohl bei den Gewerkschaften als auch bei den Unternehmensverbänden. Das unterstützen wir als Land nachdrücklich.

Gibt es weitere Schwerpunkte, die Sie in Ihrem Ressort setzen möchten?

Golze: Ich will vielleicht noch ein Thema exemplarisch herausgreifen, weil es sich in der Zukunft noch viel mehr

zuspitzen wird: den Bereich Pflege. Ich will diesen Bereich auch deshalb nennen, weil zu derselben Zeit, in der die Zahl der Erwerbstätigen oder der Menschen im erwerbsfähigen Alter abnimmt, die Zahl der Pflegebedürftigen in Brandenburg enorm ansteigen wird. Wir gehören zu den Bundesländern, in denen der Anstieg der Pflegebedürftigen am größten ist. Brandenburg wird deshalb innerhalb kürzester Zeit auch viele Tausende von Pflegekräften benötigen. Diesen Prozess müssen wir als Politik begleiten und gestalten. Wir wollen deshalb eine sogenannte Pflegeoffensive starten. Nur mit guten Beschäftigungsbedingungen kann man Menschen gewinnen, damit sie sich für diesen Beruf entscheiden, und sich ausbilden, weiterbilden oder umschulen lassen, auch wenn sie vorher einen anderen beruflichen Weg eingeschlagen haben.

Stehen Sie dabei in Brandenburg als einem Flächenland vor besonderen Herausforderungen?

Golze: Es macht einen Unterschied, ob man in Berlin kurze Strecken zwischen zwei Einsätzen bei Pflegebedürftigen hat oder ob man übers flache Land fahren muss. Das heißt: Wir müssen die Kommunen unterstützen, wir müssen Pflege vor Ort organisieren, und wir müssen auch über die Löhne im Pflegebereich sprechen. Inzwischen merken auch die Unternehmen in Brandenburg, dass der Wettbewerb um Fachkräfte auch über Löhne läuft, und das wird in der Pflege nicht anders sein.

Macht es Sinn, Regionen in Ostdeutschland zu fördern, die aus wirtschaftsstrukturellen und demografischen Gründen ohnehin keine Wachstumsperspektiven haben, oder sollte man die Gelder auf die regionalen Wachstumskerne konzentrieren, weil die dort eingesetzten Fördermittel höhere Rendite bringen?

Stolpe: Wir haben beides probiert. Wir haben in den ersten Jahren überall versucht, die Startchancen zu verbes-

sern. Und wir haben dann erlebt, dass die Entwicklung nicht nach den Wünschen der Regierung und der Landräte verläuft, sondern dass die Standorte eine wesentliche Rolle spielen. Rund um Berlin gibt es einen Wachstumsbereich, und wir haben dann entschieden, diesen Wachstumskern besonders zu fördern. Das darf aber nicht dazu führen, dass man die Peripherie vernachlässigt. Damit sich in Randgebieten etwas entwickeln kann, muss auch dort gefördert werden. Also Wachstumskerne weiter wachsen lassen und trotzdem die Peripherie nicht zu kurz kommen lassen!

Wie soll es nach dem Auslaufen des Solidarpakts im Jahr 2019 weitergehen?

Golze: Eine sehr spannende Frage, angesichts der aktuellen Diskussionen. Brandenburg hat sich immer dafür stark gemacht, dass es nach 2019 eine Anschlusslösung geben muss, einen Solidarpakt 3, der sich um alle strukturschwachen Regionen kümmert – in Ost und West. Was wir dazu beisteuern können, ist ein Erfahrungsvorsprung. Ostdeutschland kann zeigen, wie man mit

Golze: „Wir müssen gemeinsam eine höhere Tarifbindung und einen höheren Organisationsgrad erreichen, sowohl bei den Gewerkschaften als auch bei den Unternehmensverbänden.“



Strukturschwierigkeiten und Strukturbrüchen umgeht, und welche Fehler man möglichst nicht wiederholen sollte. Was aber wichtig ist, und was wir im Einklang mit den anderen ostdeutschen Ländern fordern ist, dass diese Lösung nicht zulasten der finanzschwachen Länder geht. Wir dürfen die positive Entwicklung der letzten Jahre nicht gefährden, und nichts abbrechen, was für die Existenz dieser Länder notwendig ist.

Stolpe: „Wir dürfen nicht nur nach Himmelsrichtung fördern.“



Stolpe: Und wir dürfen nicht nur nach Himmelsrichtung fördern. Wir hier im Osten lernen, dass es auch sehr schwierige Standorte im Westen gibt. Gelsenkirchen beispielsweise, die Partnerstadt von Cottbus, ist nicht gerade das Paradies, hat eine hohe Arbeitslosigkeit und eine marode Infrastruktur. Als wir vor einigen Jahren hier im Osten darüber sprachen, gab es viel Ärger, weil Geld auch in den Westen gehen sollte. Inzwischen gibt es aber eine Solidarität mit den Regionen, in denen die Not am größten ist.

Stolpe: „Die kleinen Städte müssen gestärkt werden.“

Wie lange wird es dauern, bis wir auch in Ostdeutschland von Vollbeschäftigung reden können?

Alt: Ich glaube schon, dass dies in den nächsten zehn Jahren möglich ist, denn es gibt Potenziale, die noch zu heben sind: Wir haben in der Finanzkrise gesehen, dass der Osten relativ stabil war, weil er nicht besonders exportabhängig ist. Das ist aber auch ein Nachteil. Osteuropa birgt jedoch ein riesiges Entwicklungspotenzial für die neuen Bundesländer, die außerdem einen großen Wettbewerbsvorteil haben: Es gibt in Ostdeutschland immer noch jede Menge Menschen, die gut russisch sprechen. Es gibt Menschen, die Praktika in Russland gemacht haben, die an russischen Universitäten studiert haben und so weiter. Von daher ist mir um den Osten nicht bange. Und nehmen wir die schöne Region um Sonneberg. Dort haben wir eine Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent. Das ist dicht dran an Vollbeschäftigung.

Welche Herausforderungen sehen Sie im Osten wie im Westen?

Alt: Es gibt natürlich einige Themen, die sich im Osten und im Westen gleichermaßen stellen – ich nenne mal die Entwicklung des ländlichen Raums. Das macht mir schon Sorgen. Es gibt in Ost und West sterbende Dörfer. Was machen wir dort? Lassen wir drei Dörfer sterben und eines erhalten, wo sich die Infrastruktur wie Schule, Kindergarten oder Sportverein dann konzentriert?

Im Osten wie im Westen gibt es eine Kluft zwischen Stadt und Land. Müssen wir uns nicht ehrlicherweise von dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse verabschieden? Nicht nur zwischen Ost und West, sondern generell?

Stolpe: Andere Lebensverhältnisse! Es ist ja nicht so, dass diejenigen, die im ländlichen Raum leben, unglücklich sind. Die fühlen sich zum Teil sehr wohl. Wir haben in Brandenburg viele Berliner mit Zweitwohnsitz. Nur ganz wenige Dörfer in Brandenburg werden in absehbarer Zeit sterben.



Zur Person

Manfred Stolpe, geboren am 16. Mai 1936 in Stettin, studierte von 1955 bis 1959 Rechtswissenschaft in Jena. Von 1959 bis 1969 war er bei der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg tätig, wo er seit 1962 Leiter der Geschäftsstelle der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR war. Von 1969 bis 1981 leitete er das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, von 1982 bis 1990 war er Konsistorialpräsident der Ostregion der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg und stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Manfred Stolpe ist seit 1990 Mitglied der SPD. Von 1990 bis 2002 war er Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Von 2002 bis 2005 war er Bundesminister für Verkehr, Bau und Wohnungswesen sowie Beauftragter der Regierung für die neuen Bundesländer.

Trotzdem müssen wir uns etwas einfallen lassen, wie wir mit der Bevölkerungsentwicklung zurechtkommen. Wie sorgen wir dafür, dass die medizinische Versorgung, Schulangebote und die soziale Infrastruktur aufrechterhalten werden? Es gibt da eine ganze Reihe von hochinteressanten Initiativen,

Selbstfahrbusse beispielsweise. Wir müssen in Brandenburg einfach zur Kenntnis nehmen, dass es eine differenzierte Entwicklung gibt. Wir haben den Berliner Raum, der sich recht gut entwickelt. Andererseits müssen in den schwächeren, aber durchaus lebenswerten Gebieten, die in der Regel eine Stunde von Berlin entfernt liegen, die Bedingungen geschaffen werden, um die Einwohner dort zu halten. Dazu gehören auch Angebote für die Jugend. Entscheidend sind die kleinen Städte. Die müssen gestärkt werden.

Golze: Es gibt Ecken wie die Uckermark oder Elbe-Elster, die diesen Zugang zu Berlin nicht haben. Dort stellt sich natürlich die Frage nach gleichwertigen Lebensbedingungen. Aber auch da sollte man die Chance nutzen, kreative Lösungen wie den Rundbus oder Ähnliches zu entwickeln. Dann fahren eben der Bäcker oder der Fleischer übers Dorf, um das Angebot sicherzustellen. Es gibt jetzt auch eine Zahnärztin, die mit einer mobilen Praxis durch die Uckermark fährt, um die gesundheitliche Versorgung zu den Menschen zu bringen. Da wünsche ich mir von der Bundespolitik ein bisschen mehr Mut, solche Experimente zuzulassen und ihnen keine Steine in den Weg zu legen.

Buttler: Wir dürfen vom Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auf keinen Fall grundsätzlich Abstand nehmen. Wenn es aus organisatorischen und technischen Gründen nun einmal eine derartige Konzentration der Standorte gibt, die wir nicht einfach rückgängig machen können, dann muss man eben die Pendelmobilität fördern.

Gibt es noch weitere Ansatzpunkte?

Buttler: Wir müssen außerdem sehr stark auf eine innovatorientierte und produktivitätsorientierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik setzen. Denn wenn es von 1990 bis 1995 möglich war, die Produktivität außerordentlich zu steigern, auch im Verhältnis zum Westen, und wenn man sieht, dass der Produktivitätsrückstand im Jahr 2010 nicht mehr 70 oder 65 Prozent, sondern nur noch 20 bis 30 Prozent ausmachte, dann sollte man versuchen, diesen Prozess fortzusetzen. Und da setze ich doch sehr stark auf Innovationförderung.

Buttler: „Wir dürfen vom Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse auf keinen Fall grundsätzlich Abstand nehmen.“



Ich will ein Beispiel geben aus der brandenburgischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik. In Golm, einem Ortssteil von Potsdam, ist es gelungen, neben der Universität mehrere Institute der Max-Planck- und der Fraunhofer-Gesellschaft anzusiedeln. Wenn es gelingt, solche Innovationskerne zu entwickeln, kommt man auch weiter.

Alt: Ich darf noch einen Hoffnungsschimmer nennen. Es wird in Zukunft eine Entkoppelung von Arbeitsleistung und Arbeitsplatz geben. Wir haben bei der Bundesagentur für Arbeit jetzt die elektronische Akte eingeführt. Das heißt, wir können jede Akte an jedem Ort der Bundesrepublik Deutschland bearbeiten. Es muss sich keiner mehr in die

Großstadt quälen, um eine Arbeitslosengeld-Akte zu bearbeiten, sondern wir können dazu auch in strukturschwache Gebiete gehen. Ähnliches wird für viele Dienstleistungsunternehmen bis zu der Industrie gelten und schafft wieder mehr Arbeitsmöglichkeiten auch im ländlichen Raum, die die alte Arbeitswelt nicht kannte.

Zur letzten Frage: Der Name „Regine Hildebrandt“ ist jetzt schon mehrfach gefallen. Herr Stolpe, welche Erinnerungen haben Sie an sie persönlich? Und wo sehen Sie im Rückblick ihr wichtigstes politisches Vermächtnis?



Zur Person

Prof. Dr. Friedrich Buttler, geboren am 21. Mai 1941 im niedersächsischen Bodenwerder, studierte von 1961 bis 1965 Volkswirtschaftslehre und Soziologie in Göttingen und Tübingen. Nach seiner Habilitation im Jahr 1972 war Buttler von 1973 bis 1987 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Paderborn und von 1976 bis 1987 deren Rektor. Von 1988 bis 1994 war er Direktor des IAB und anschließend von 1994 bis 2000 als Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg tätig. Von 2001 bis 2007 war er Regionaldirektor für Europa und Zentralasien der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Stolpe: Regine Hildebrandt ist so etwas wie eine Ikone in Brandenburg. Es ist erstaunlich, wie sie noch überall präsent ist. Die Leute klatschen Beifall, wenn man nur ihren Namen erwähnt. Ihr Markenzeichen war die direkte Ansprache, das Nichtausweichen vor Problemen und ihre festen Aufforderungen, die sie stets parat hatte: „Wer abwartet, hat schon verloren!“, „Man muss erst mal machen!“ oder auch „Jeht nich', jibt's nich!“. Das Entscheidende war wohl, dass die Menschen gespürt haben: Hier ist jemand in einer besonderen Weise echt, ist nah bei den Menschen, macht einem nichts vor, macht gleichzeitig Mut – und bringt zum Ausdruck: Politik ist für die Menschen

Golze: „Für viele meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter war es eine Ehre, für Regine Hildebrandt gearbeitet zu haben.“

da. Politik ist nicht irgendeine Show-Nummer, bei der man um Abgeordnetenplätze kämpft und an die Medien denkt.

Golze: Als ich im November 2014 hier angefangen und die Menschen im Ministerium kennengelernt habe, fingen sie ganz oft ihre Ausführungen damit an: „Mein Name ist sowieso, ich arbeite im Referat sowieso und ich habe schon unter Regine Hildebrandt im Haus angefangen.“ Und damit wollten sie nicht ausdrücken, wie lange sie hier schon tätig sind, sondern dass sie die Ehre hatten, mit Regine Hildebrandt zu arbeiten.

Frau Golze, Herr Alt, Herr Buttler, Herr Stolpe, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Eine Langfassung des Interviews steht unter <http://www.iab.de/forum1-2015-interview> zum kostenlosen Download zur Verfügung.



In memoriam Regine Hildebrandt

Die 2001 im Alter von 60 Jahren verstorbene SPD-Politikerin galt wegen ihres außergewöhnlich offenen, volksnahen, oft auch undiplomatischen Auftretens als „Mutter Courage des Ostens“. In der ersten frei gewählten Regierung der DDR war die studierte Biologin von April bis August 1990 Ministerin für Arbeit und Soziales im Kabinett von Lothar de Maizière. Von 1990 bis 1999 war sie Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg.

Das Interview führten



Dr. Andrea Kargus
Leiterin des Geschäftsbereichs
„Wissenschaftliche Medien und
Kommunikationsstrategie“ am IAB.
andrea.kargus@iab.de



Dr. Martin Schludi
Wissenschaftsredakteur im
Geschäftsbereich „Wissenschaft-
liche Medien und Kommunika-
tionsstrategie“ am IAB.
martin.schludi@iab.de